

Globale Finanzkrise und der Staat : die Chancen des ökologischen Keynesianismus

Autor(en): **Altvater, Elmar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **29 (2009)**

Heft 57

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652078>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Globale Finanzkrise und der Staat

Die Chancen des ökologischen Keynesianismus

Die globale Finanzkrise verursachte seit 2007 Billionenverluste, in ihrem Gefolge gehen inzwischen Abermillionen Arbeitsplätze verloren, ganze Industriezweige brechen weg und die Masseneinkommen sinken. Nicht nur aus der Bankenwelt erreichen uns tagtäglich Verlustmeldungen. Industrielle Konzerne, die einst der Stolz ganzer Nationen waren, oder Warenhausketten brechen zusammen. Im Mai 2008 kalkulierte der IWF mit Verlusten in der Größenordnung von 1400 Mrd US-\$, im November zählte die Bank of England 2800 Mrd US-\$, Anfang 2009 sind mehr als 3000 Mrd US-\$ im Gespräch. Im April 2009 gibt der IWF die Verluste weltweit mit 4100 Mrd US-\$ an, auf einer „nach oben offenen“ Pleitenskala. Seit Mitte 2007 wurde allein „den 70 größten Banken global Kapital in Höhe von 835 Mrd. US-\$ zugeführt, was die im selben Zeitraum verzeichneten Verluste und Abschreibungen in einer Größenordnung von nahezu 800 Mrd. US-\$ übersteigt.“ (OECD 2009, 14)

Die OECD fügt hinzu: „Dennoch bleibt die Besorgnis über die Kapitalposition der Banken aus mehreren Gründen bestehen. Erstens wurde der bei problembehafteten Vermögenswerten verzeichnete Preisrückgang nach der Lockerung der Bilanzierungsvorschriften nicht vollständig erfasst. Zweitens wird der Fundamentalwert forderungsbesicherter Wertpapiere (ABS) in den aktuellen Preisindizes u.U. immer noch zu hoch ausgewiesen. Drittens werden sich die Kreditverluste infolge des Wirtschaftsabschwungs weiter akkumulieren.“ Diese Befürchtung hegt auch die BIZ (BIZ 2008, 5): Es sei beunruhigend, „wie oft angekündigte Verluste nach oben korrigiert wurden“.

Als ob das nicht schon reichte, hat das „Global Humanitarian Forum“, dessen Präsident der ehemalige Generalsekretär der UNO Kofi Annan ist, Ende Mai 2009 einen Report zum Klimawandel publiziert, der mit „Anatomie einer stillen Krise“ betitelt ist, aber einen Aufschrei auslösen müsste. Denn bereits heute sterben an die 300'000 Menschen jährlich an den direkten und indirekten Folgen des Klimawandels, die Lebensbedingungen von 325 Millionen Menschen sind vom Klimawandel bereits heute ernsthaft betroffen und die in Geld berechneten Verluste belaufen sich auf jährlich 125 Mrd. US-\$.

Die Schaubilder in den Reports von IWF, OECD, EU oder EZB illustrieren den deprimierenden Zustand der Weltwirtschaft: Das Sozialprodukt geht dramatisch zurück, die Auftragseingänge brechen ein, der Welthandel schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft, der Druck auf die Masseneinkommen wird größer. Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken, so dass die Finanzierung von Sozialleistungen schwieriger wird,

zumal viel Geld vom Bankensektor zum Ausgleich der Verluste in den Bankbilanzen und für den Ersatz von verspekuliertem Eigenkapital absorbiert wird. Ein Fünftel des Sozialprodukts schlucken Banken und andere Finanzinstitutionen zur Kompensation ihrer Verluste aus öffentlichen Mitteln und durch den Austausch fauler Papiere gegen gutes Zentralbankgeld. Die Umverteilungsmaßnahmen und der Staatseingriff dienen der Rettung angeschlagener Finanzinstitutionen und Unternehmen und sind keineswegs dazu gedacht, eine gesellschaftliche Kontrolle über die außer Rand und Band geratene Wirtschaft auszuüben.

Die „Mutter aller Krisen“: Die kapitalistische Produktions- und Konsumweise

Die Krise hat spätestens 2008 das Finanzgehege verlassen und wächst sich – entgegen den Mutmaßungen vieler, selbst kritischer Ökonomen – zur schweren Krise der „realen“ Wirtschaft aus. Offenbar ist die Krise nicht unter Kontrolle zu bringen „trotz der staatlichen Subventionen und Bürgschaften in der noch vor kurzem absurd erscheinenden Höhe von einigen tausend Mrd. US-\$ beiderseits des Atlantiks und inzwischen auch in Japan, China, Russland und Lateinamerika.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise lieferte auch ein Totschlag-Argument für die klimapolitischen Bremser: Das Hemd ist bekanntlich näher als der Rock. Die Kosten des Klimawandels von heute tragen vor allem Menschen im globalen Süden, doch sie werden auch die Industrieländer belasten. Dabei sind die monetären Kosten sogar weniger bedeutsam als die irreversiblen Schädigungen der Natur und die Auswirkungen auf die Evolution des Lebens, die monetär gar nicht darstellbar sind. Die horrenden Kosten der Finanzkrise haben auch vergessen lassen, dass nach FAO-Angaben mehr als eine Milliarde Menschen in der Welt Hunger leidet, dass alle sechs Sekunden ein Mensch den Hungertod stirbt, und dass die Energiekrise wegen der Begrenztheit der fossilen Ressourcen („Peakoil“) keineswegs vorüber ist, sondern im Gegenteil ein gefährliches Konfliktpotential um die Verteilung der letzten Tropfen Öl birgt.

Wir müssen angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrise und von ökologischer Krise an die von Karl Marx als „Springpunkt“ der politischen Ökonomie bezeichnete entscheidende Erkenntnis vom „Doppelcharakter“ der Arbeit und der Ware erinnern. In der Ökonomie haben wir es nach vorherrschendem Verständnis vor allem mit Wert- und Geldkreisläufen zu tun, die als grundsätzlich reversibel interpretiert werden. Das verauslagte Kapital kehrt – um den Gewinn vermehrt – zu sich selbst zurück; im englischen heißt der Profit daher „returns to capital“. Gleichzeitig jedoch finden in Produktion, Transport, Kommunikation und Konsum grundsätzlich irreversible stoffliche und energetische Transformationen statt, die unweigerlich die Entropie des Systems Erde steigern. Das muss uns nicht

kümmern, so lange wir uns weit entfernt von den Grenzen der Verfügbarkeit von Ressourcen und der Tragfähigkeit von Senken für Schadstoffe befinden. Nähern wir uns aber mit Siebenmeilenstiefeln und immer größer werdendem „ökologischem Fußabdruck“ den natürlichen Grenzen des Planeten Erde, müssen wir ihnen Rechnung tragen.

Es ist nicht sinnvoll, die Krisen von Finanzen, Wirtschaft, Energie und Klima unabhängig und losgelöst voneinander zu behandeln. Denn sie beeinflussen sich wechselseitig. Es ist unbestreitbar, selbst wenn dies nicht immer sichtbar ist, dass die „Mutter aller Krisen“ das Produktions- und Konsummodell der kapitalistischen Metropolen ist. Das zinstragende Kapital ist, wie Marx schreibt, „die Mutter aller verrückten Formen“ (MEW 25, 483), die den Blick auf Produktionsprozess und Produktionsweise versperren. Das Produktions- und daher auch Konsummodell verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgelegt und daher auch auf massenhaften Naturverbrauch von Rohstoffen, von fossiler Energie, von Landflächen. Auch die Biodiversität und damit die Evolution des Lebens werden durch Monokulturen beeinträchtigt.

Wir konstatieren außerdem seit 2007 die tiefste Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus. Finanzielle Forderungen der Institutionen des Finanzsektors müssen real bedient werden. Solange dies gelingt, laufen die Geschäfte normal und niemand denkt auch nur im Entferntesten an eine Zahlungsklemme oder gar an eine Finanzkrise. Doch die finanziellen Forderungen steigen, so als ob es natürliche Grenzen und soziale Widersprüche des realen Reproduktions- und Akkumulationsprozesses nicht gäbe. Die weltweite Konkurrenz der Finanz-Standorte wird mit hohen Renditen und Zinsen ausgetragen. Um die Renditen von „Investoren“ zu steigern, werden neue Finanzinstitutionen gegründet: Investmentbanken, verschiedenste Fondstypen, Zweckgesellschaften. Von diesen werden neue Finanzinstrumente auf den Markt gebracht, immer mit hohen Renditeversprechen, ohne dass dabei das Risiko realistisch mitgeteilt würde.

Rating-Agenturen, die es eigentlich transparent machen sollten, tragen dazu bei, Risiken bei der „Akkumulation durch Enteignung“ zu vertuschen. Das ist massenhaft bei der Verbriefung von Hypothekenkrediten geschehen, die die Basis für windige Kreditpyramiden und fiktives Kapital wurden. Beim Handel mit den papierernen Werten wurde gut verdient, so lange für den immer höher werdenden Turm von Babel steigende Immobilienwerte garantierten. Die Finanzwerte schienen von den realen Verhältnissen gänzlich unabhängig zu sein, und die realen Verhältnisse erweckten den Eindruck, als hätten wir es tatsächlich mit einer virtuellen Ökonomie zu tun, in der satte Renditen aus dem Nichts geschaffen werden.

Es bewahrheitet sich, was John Maynard Keynes schon vor der Publikation seiner „Allgemeinen Theorie des Geldes, der Zinsen und der Beschäftigung“ in seinem „Treatise on Money“ (1932) feststellte: Finanz-

märkte sind instabil, denn Finanzmarktakteure rechnen mit Zukunftserträgen, und die Zukunft ist ungewiss und risikoreich. Finanzielle Instabilitäten können sich zu Finanzkrisen zuspitzen. Eine Spekulationswelle nach der anderen überrollt denn auch die verschiedenen Weltregionen. Seit der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte in den späten 1970er Jahren mussten nahezu alle Länder schwere Schulden- und Finanzkrisen durchmachen: die Schuldenkrise der „Dritten Welt“ der 1980er Jahre; die Finanzkrise in den „Schwellenländern“ von Mexiko 1994 über die asiatischen „Tiger-Länder“ 1997 bis Argentinien 2001, die „New Economy“-Krise in den USA 2000 und schließlich die „subprime-crisis“, die die gegenwärtige schwere Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 auslöste.

Was geschieht in der „realen Ökonomie“? Kosteneinsparungen im Verlauf des Akkumulationsprozesses durch Produktivitätssteigerungen und Druck auf die Arbeitskosten wirken zunächst positiv auf die Profitrate. Doch dadurch werden auch Umweltschäden verursacht. Sie machen sich wegen des irreversiblen Charakters jeder Produktion und Konsumtion unweigerlich bemerkbar und mindern die Rentabilität des Kapitals. Denn die „sozialen Kosten der Privatwirtschaft“ (K. William Kapp) provozieren sozialen und politischen Widerstand, weil sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern. Wenn dieser Widerstand erfolgreich ist, hat er ökonomische Auswirkungen: der Einsatz von konstantem Kapital zum Schutz der Umwelt steigt, die Profitrate wird – ceteris paribus – negativ beeinflusst, die Bedienung der gleichzeitig ansteigenden finanziellen Forderungen wird schwieriger. James O’Connor hat dies vor mehr als zwei Jahrzehnten als „second contradiction“ der kapitalistischen Akkumulation bezeichnet. Nicht nur der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist von Bedeutung für den Gang der Akkumulation, sondern auch das gesellschaftliche Naturverhältnis (O’Connor 1988; Kapp 1958).

Die realen Überschüsse geraten also an jene Grenzen, die für alle Transformationsprozesse von Stoffen und Energien gelten. Im Kapitalismus erscheinen die Grenzen – formspezifisch – als Fall der Profitrate, durch den die Dynamik der Akkumulation zum Erliegen kommen kann. Dann ist die Krise unvermeidlich. Der Doppelcharakter der Produktionsprozesse hat zur Folge, dass die Krise zugleich eine Finanz- und Wirtschaftskrise und eine Umweltkrise, vor allem eine Energie- und Klimakrise ist.

Hinzu kommt die Nachfrageseite des Wirtschaftskreislaufs. Die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Geldvermögensbesitzer löst nicht nur sozialen Widerstand aus, sondern hat auch eine Reduktion der Massennachfrage zur Folge, die für den reibungslosen Absatz von Waren oder auch zur „ordentlichen“ Bedienung von Hypothekenschulden fehlt. Irgendwann können die finanziellen Forderungen des Finanzsektors real nicht mehr bedient werden. Sie erweisen sich zu einem beträchtlichen Teil als wertlos, wenn die Forderungen, die sie verbriefen, nicht mehr erfüllt werden können. Dies ist in der derzeitigen Finanzkrise zuerst bei Hypo-

thekenkredit in den USA der Fall, aber auch Kreditkarten, der Konsumentenkredit und andere Kreditbeziehungen werden erfasst. Es entsteht ein immenser Abschreibungsbedarf.

Der finanzgetriebene verwandelt sich in einen staatsgetriebenen Kapitalismus

In der Finanzkrise steht mehr zur Disposition als das System von Banken, Fonds, Versicherungen, dessen globalisiertes Segment de facto bankrott ist. Jedenfalls reicht das Haftungskapital der Global Players nicht mehr, um die faulen Außenstände abzudecken und alle Forderungen und Einlagen zu garantieren. Die guten Außenstände von zahlungsfähigen und zahlungswilligen Kreditnehmern sind rückläufig, je mehr die Wirtschaftskrise fortschreitet und Unternehmen in den Abgrund der Zahlungsunfähigkeit gerissen werden. Nun muss der Staat einspringen. Das tut er, wenn eine Bank als „systemisch“ wichtig erklärt wird. Welches „System“ ist gemeint? In erster Linie das System der Investment-Banken mit dem Geschäftsmodell des „originate and distribute“, also der Erzeugung von Wertpapieren aus dem Nichts, mit denen dann wild auf den globalen Märkten gehandelt werden konnte.

Banken, Fonds und andere Finanzakteure haben sich nur noch selbstreferentiell auf sich selbst und die erzielbaren Renditen bezogen und nicht mehr die Art und Weise berücksichtigt, wie und wo diese produziert werden. Es geriet in Vergessenheit, dass auch von der realen Welt abgekoppelte Finanzinstitute letztlich von den erzielbaren Erträgen, von den produzierten Überschüssen der produzierenden Ökonomie, von den Arbeitsleistungen der Arbeitskräfte und von der Solidität der Kreditnehmer abhängig sind. Renditen weit oberhalb der realen Wachstumsraten der Wirtschaft mögen zwar kurzfristig möglich sein, gehen aber an die ökonomische Substanz und unterminieren die reale Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Wenn daher über Auswege aus der Krise räsoniert wird, kann es nicht nur um Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte gehen. Die kann man gar nicht stabilisieren, ohne das Verhältnis zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern so zu gestalten, dass den Flüssen vom Finanzsektor zu den produzierenden Kapitalen zeitversetzt auch Rückflüsse aus den produzierten Überschüssen der „Realwirtschaft“ zum Finanzsektor, zum zinstragenden Kapital entsprechen. Dies war der Gedanke, der das Glass Steagall-Gesetz von 1933 leitete (das erst von der Clinton-Regierung 1999 aufgehoben wurde). Spekulationsgeschäfte sollten möglichst unterbunden und die Funktion der Banken als Mittler zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern sollte gestärkt werden. Es geht also immer um beide Seiten des Kreditverhältnisses. Auf der einen Seite befindet sich eine Institution des Finanzsektors und auf der anderen eine Einrichtung der nicht-finanziellen Öko-

nomie. Beide müssen re-reguliert werden. Daher schlagen auch von Wirtschaftsjournalisten sogenannte „Topökonom“ „eine neue Finanzwelt“ vor, die an das Glass-Steagall-Gesetz erinnert (Handelsblatt, 24.3.09).

Die Selbstreferenz des Finanzmarkts und der sich daraus ergebende Autismus der Finanzakteure hat weitere Folgen, nämlich jene verbreitete Gier, die als eine der wichtigeren Krisenursachen beklagt wird. Doch „gerade das wiederholte Auftreten von Krisen in regelmäßigen Abständen trotz aller Warnungen der Vergangenheit schließt indessen die Vorstellung aus, ihre letzten Gründe in der Rücksichtslosigkeit einzelner zu suchen.“ (MEW 12, 336) Die Gier ist ein Bedürfnis, das ohne gegenseitige Verpflichtung befriedigt werden will, es ist Bedürfnisbefriedigung auf Kosten der Gesellschaft, ohne selbst bereit zu sein, zur Befriedigung der Bedürfnisse von anderen durch eigene Arbeit im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung beizutragen. In diesem Sinne spricht Marx in den „Grundrissen“ von dem „System der Bedürfnisse und dem System der Arbeit“ (Grundrisse, 427). Alle arbeiten, um die Produkte und Dienstleistungen zu erzeugen, die der Bedürfnisbefriedigung anderer dienen. Doch die Verselbständigung von Funktionsträgern des Finanzkapitals überschreitet jene Schamsschwellen, die der Gier der Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft eine Schranke setzen würden. Sie verweigern die Arbeit, verlangen aber die Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Sie verlieren also alle Maßstäbe, und das ist der Ursprung der Gier.

Die „Gier der Manager“ ist jedoch keine anthropologische Eigenschaft oder ein psychologischer Defekt, sondern eine unvermeidbare Konsequenz, wenn das System der finanzgetriebenen Bereicherung selbstreferentiell wird und den Bezug zur gesellschaftlichen Arbeit verliert. Dann kann es Managern so scheinen, als ob ihre Arbeit erstens viel mehr, verantwortlicher und qualifizierter als andere Arbeit sei, dass sie zweitens deshalb ein viele hundert Mal höheres Einkommen verdient hätten und dass drittens die anderen ebenso gut verdienen würden, wenn sie nur die entsprechende „Leistung“ bringen würden. Die „Anreizsysteme“ für Manager sind darauf ausgelegt, die individuelle Rationalität zu honorieren und nicht der gesamtgesellschaftlichen Rationalität des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, der Gestaltung von Arbeitszeiten und Arbeitseinkommen zu dienen. Einzelwirtschaftliche Rationalität bringt gesamtwirtschaftlich ein irrationales Resultat hervor. Folglich ist es überflüssig, die Gier von Managern zu geißeln. Das Verhältnis von realer und finanzieller Ökonomie muss ins Lot gebracht werden, damit die Finanzinstitute in einer kapitalistischen Wirtschaft wieder die Vergabe von Krediten aufnehmen.

Daher müssen die in den vergangenen Jahrzehnten aufgetürmten Ansprüche des Finanzsektors auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Das Ausmaß der selbstreferentiell – ohne Bezug auf die reale Wirtschaft – erzeugten finanziellen Forderungen wird an den Wertberichtigungen, Ab-

schreibungen und Verlusten deutlich, die in der Krise zu realisieren sind. Die Krise ist ein Prozess, und je länger dieser dauert, desto mehr wachsen die Verluste, und diese müssen „ordentlich“ abgeschrieben werden. Dazu wird der *Staat* gebraucht, um zumindest einen Teil der Verluste zu übernehmen. Zum einen sei dies notwendig, weil andernfalls die für das Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschaft unabdingbare Kreditvergabe nicht wieder in Gang kommt. Wenn Banken und Unternehmen „too big to fail“ sind oder für die Funktionsweise der Wirtschaft „systemische Bedeutung“ besitzen, müsse der Staat einspringen. Das war immer so, und das hat sich heute nicht geändert. Nur die Umstände sind andere. Denn das System, das die Wichtigkeit umschreibt, ist das System der Investmentbanken, also jener Spekulationsvehikel, die für das Desaster verantwortlich sind, nachdem sie durch politischen Akt (in Deutschland unter der rot-grünen Regierung) in Funktion gesetzt worden sind.

Zum anderen kann dies nur der Staat übernehmen, weil er als einzige Institution der kapitalistischen Gesellschaft über das Steuermonopol verfügt und sich daher als legitimiert betrachten kann, Finanzflüsse von den Steuerzahlern zu den maroden Kreditinstituten umzuleiten, nachdem die privaten, über den Markt vermittelten Flüsse von der realen Ökonomie zum Finanzsektor zu einem schmalen Rinnsal verkümmert sind oder ganz ausfallen. Die Sozialisierung der Verluste erfolgt also als Zugriff auf Steuergelder der Bürger.

Wozu werden die Mittel verwendet? Der Staat kann auf drei Wegen einzelne Banken, Fonds, Versicherungen aus der Krise „heraushauen“ und das Bankensystem insgesamt vor dem big crash zu bewahren versuchen. Er kann (a) einen Schirm von Bürgschaften aufspannen, (b) die Banken rekaptalisieren und sie (c) von den faulen Papieren befreien, indem er diese in einer „bad bank“ übernimmt.

a) Der Bürgschaftsschirm (in den USA 700 Mrd US-\$, in Deutschland 480 Mrd Euro) soll die Sicherheit der Banken im Geschäftsverkehr durch eine Staatsgarantie erhöhen. Die Absicht ist, den Interbankenmarkt wieder zu normalisieren, indem Gründe für Misstrauen hinsichtlich der Solvenz von Geschäftspartnern beseitigt werden. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, dass die Bürgschaften in Anspruch genommen werden müssen. Dann wird diese Maßnahme, von der tröstend gesagt wird, sie koste nichts, für die Steuerzahler teuer.

b) Durch eine Re-Kaptalisierung wird den Banken wieder Haftungskapital zugeführt, das zur Deckung von Verbindlichkeiten abgeflossen ist. Fließt zu viel Kapital ab, müssten die Anteilseigner nachschießen. Wenn sie dies unterlassen, weil sie entweder nicht über ausreichende Mittel verfügen oder „schlechtem Geld kein gutes Geld hinterherwerfen“ wollen oder schlicht das Unternehmen „absaufen“ lassen wollen, müsste ein betroffenes Institut die Insolvenz anmelden und möglicherweise schließen. Wenn einer Bank systemische Bedeutung beigemessen wird, kann die Re-Kaptalisie-

rung nur durch den Staat vorgenommen werden. Dann wird der Staat zum Eigner, zu einer Art „ideellem Gesamtbankier“ (in Analogie zu Friedrich Engels Charakterisierung des bürgerlichen Staates als eines „ideellen Gesamtkapitalisten“).

Diese Rolle kann allerdings nicht so gespielt werden, wie sie der ehemalige Finanzminister Steinbrück interpretiert: Kapital wird in die Banken eingeschossen, aber es sei „nicht die Absicht des Staates, strategischen Einfluss auf den Bankensektor zu nehmen“ (Die Zeit, 16.10.2008). Der Staat muss Einfluss nehmen, und zwar einmal aus Gründen der Transparenz. Kapitalgeber stehen in der Verantwortung für die Geschäftspolitik des mit „Staatsknete“ geretteten Instituts. Dann ist der Staat (vertreten durch die demokratisch legitimierte Regierung) den Steuerzahlern rechenschaftspflichtig und kann sich schon aus demokratietheoretisch herzuleitenden Gründen nicht aus der Verantwortung ziehen. Und schließlich gebietet die Kapitalbeteiligung an den Banken auch die Übernahme von Verantwortung für die Kredit- und daher Investitionspolitik. Es wird immer betont, die Krise bereite nicht nur Elend, sondern biete auch Chancen. Hier ist die Chance, nämlich die Möglichkeit einer Investitionslenkung nach sozialen und ökologischen Kriterien.

c) Die dritte Form der staatlichen Stützung des maroden Bankensystems ist die offene und skrupellose Sozialisierung der Verluste in Gestalt der Übernahme „toxischer Papiere“ in einer Zweckgesellschaft, in einer „bad bank“. Diese Idee wird dem Publikum mit dem Versprechen schmackhaft gemacht, dass sich ja nach dem Ende der Krise die billig übernommenen schlechten Papiere bei der Rückführung der Banken in Privatbesitz verwerten lassen. Es wird immer auf das Beispiel Schwedens zu Beginn der 1990er Jahre verwiesen. Dabei wird unterschlagen, dass in der Geschichte der Finanzkrisen die Betreiber einer „bad bank“ zumeist auf ihrem Giftmüll sitzengeblieben sind. Das ist ja gerade der Grund, weshalb der Staat zu Hilfe gerufen wird. Aber es kommt sehr darauf an, wie die „bad bank“ konstruiert wird.

Erstens: Zu welchem Kurs werden die toxischen Papiere, für die es keinen Marktwert gibt, übernommen? Im Fall der HypoRealEstate war der Staat sehr kulant. Ihre zu 1.14 € gehandelten Anteilscheine wurden generös zu 1.39 € vom Staat gekauft. So großzügig werden nur Anteilseigner aus dem Schlamassel herausgehauen, das kann einem Hartz IV-Empfänger nicht passieren. Zweitens: Wie lange werden die toxischen Papiere übernommen? Auf Dauer oder befristet? In Deutschland sollten sie ursprünglich nach sechs Monaten von den Banken wieder zurückgenommen werden. Das war für die Banken uninteressant, weil so die faulen Papiere nicht dauerhaft aus der Bilanz entfernt werden konnten. Daher wird die Forderung erhoben, sie solange zu übernehmen, bis sie wieder auf dem Kapitalmarkt möglichst gewinnbringend abgestoßen werden können – oder der Steuerzahler sie definitiv übernimmt.

In den USA hat die Obama-Administration private Institute veranlasst, giftige Papiere zu übernehmen. Das funktioniert aber nur, weil der Staat das Risiko der Entwertung trägt. Gutes Zentralbankgeld wird schlechtem privatem Geld hinterhergeworfen: „cash for trash“. Steigen die Kurse der „bad assets“ tatsächlich, gewinnen die privaten „Investoren“; fallen die Kurse, dann verliert der Staat. Das ist eine „one way bet a disguised way to subsidize purchases of bad assets“ (Krugman, New York Times, 23.03.09).

Der Finanzsektor kann nur saniert werden, wenn auch die „reale Wirtschaft“ in Gang kommt und wenn dort jene Überschüsse produziert werden, die die Banken veranlassen, die Kreditvergabe an Unternehmen, die sie derzeit sistiert haben, wieder aufzunehmen. Auf die Steigerung der Überschüsse in der realen Wirtschaft zielt beispielsweise die „Abwrack-Prämie“ in Deutschland, mit der jedoch eine Industrie erhalten werden soll, die gewaltige Überkapazitäten aufweist und wenig geeignet ist, neue, den ökologischen Herausforderungen Rechnung tragende Mobilitätskonzepte umzusetzen.

Wäre es überhaupt denkbar, dass die Überschussproduktion – wie in der Vergangenheit des „goldenen Zeitalters“ kapitalistischer Akkumulation – auf ein nahezu unbegrenztes und billiges Angebot von energetischen und mineralischen Ressourcen bauen kann und wären die natürlichen Sphären der Erde auch weiterhin als billige Deponien für Schadstoffe jeder Art zu nutzen? Wohl kaum, und dies ist der Grund, weshalb es keine Überwindung der Krise ohne einen – ökologischen – Umbau der Wirtschaft geben kann. Solange dies nicht in wirtschaftspolitischen Konzepten Berücksichtigung findet, wird auch der Finanzsektor nicht aus seiner Krise herausfinden. Dann müssten entweder die Steuerzahler für die zu realisierenden Verluste aufkommen oder sie werden in einem inflationären Prozess umverteilt und unter den Marktteilnehmern „gestreut“; die Verluste der Finanzinstitutionen würden als Kaufkraftverlust der Währung alle, wenn auch sehr unterschiedlich, treffen. Vor allem würden jene weniger Verluste erleiden, die über Sachvermögen verfügen oder die es schaffen, ihre Geldvermögen rechtzeitig in reale Werte zu verwandeln. Soziale Gerechtigkeit bliebe dabei vollends auf der Strecke.

Daher könnte der Versuch naheliegend sein, die Verluste des Finanzsektors und die nachfolgenden Kaufkraftverluste der Währung mithilfe einer Abwertung der Währung zu externalisieren. Diese Möglichkeit haben freilich nur Länder, deren Währung als Reservewährung gehalten wird, andere Länder haben sie nicht. Wenn diese die Währung abwerten, kann es wie in den 1930er Jahren zu einem Abwertungswettlauf kommen. Damals diente die Abwertung primär dem Ziel, Marktanteile auf umkämpften Weltmärkten zu halten oder auf Kosten der Konkurrenten auszuweiten. Die Abwertung mit dem Ziel der Externalisierung von Finanzverlusten hingegen hat einen anderen Charakter. Weil sehr viele Länder zum Teil sehr hohe

Dollarreserven akkumuliert haben, könnten die USA mit einer Entwertung des US-\$ erreichen, dass die amerikanischen Steuerzahler nicht mit den Billionen-Verlusten ihres Finanzsystems belastet werden. So könnten interne politische Konflikte zwar vermieden werden, doch der Preis ist hoch, selbst für die USA. Denn nun drohen geopolitische Auseinandersetzungen - zwischen den USA und den Ländern mit großen Dollar-reserven.

Auch wäre es naheliegend, dass die Ölexporteure trotz aller politischen Bindungen und Abhängigkeiten dazu übergehen, die Ölexporte auch in anderer Währung als dem US-Dollar zu fakturieren. Die USA, die zwei Drittel ihres Ölverbrauchs importieren, müssten die Importe mit Devisen bezahlen, die sie durch Exporte „verdienen“ müssten. Das könnte nur bei einer positiven Sparquote in den USA gelingen. Die Krise würde also eine Umlenkung der Finanzströme bewirken, und dies würde die globale Wirtschaftsgeographie, die Wohlstands- und Machtverteilung in der Welt radikal verändern. Denn die in den vergangenen Jahrzehnten „eingefahrenen“ Handelsströme würden umgeleitet, wenn die USA nicht mehr wie ein kreditfinanzierter Staubsauger den Weltmarkt leerfegen.

Green New Deal, globaler Marshall-Plan oder sozialökologische Konversion

Noch wird die Finanzkrise vor allem mit Billionen Dollars und Euros auf den Finanzmärkten bekämpft; es werden Löcher gestopft, um zu verhindern, dass Finanzinstitute aus Mangel an Eigenkapital untergehen. Die Zentralbanken sorgen im Jahr nach dem Kollaps der Lehman-Bank mit billigem Geld (Zinssätze in den USA um 0.25 Prozent; im Euroraum zwischen 0.25 und 1.75 Prozent) für die Liquidität, die es den Finanzinstituten ermöglicht, das spekulative Investment-Banking fortzusetzen. Die „party“ zweistelliger Traumrenditen ist also keineswegs „zuende“ (vgl. Zeise 2008). Daher geht es heute mehr als je zuvor darum, den Finanzmärkten „Sand ins Getriebe“ zu streuen. Die Finanzmärkte müssen sich an den Rhythmen von „realer“ Wirtschaft, Gesellschaft und Natur orientieren. Die in der Epoche der Liberalisierung und Deregulierung von Finanzmärkten herrschende Selbstreferenz hat das Tempo aller Transaktionen und daher auch virtuelle Renditen enorm gesteigert – für jedes Prozent Wachstum des Sozialprodukts wuchs der Kredit auf globalen Märkten um 5 Prozent (ebd., 43) –, aber auch den Crash unvermeidlich gemacht.

Die Schlussfolgerung kann nur lauten: Die aus gesellschaftlichen Bindungen, natürlichen Rhythmen, aber auch aus ökonomischen Restriktionen entbetteten und verselbständigten Finanzmärkte müssen in ein das Tempo aller Transaktionen reduzierendes Regelsystem eingebettet werden. Dazu bedarf es einer größeren Transparenz aller Transaktionen und einer global vernetzten Aufsicht. Die derzeitigen „schwarzen Löcher“ der globalen Finanzmärkte, die Offshore-Zentren, müssen geschlossen werden.

Das Rating von Schuldnern, Finanzprodukten und Finanzplätzen ist eine öffentliche Aufgabe und kann daher nicht dem privaten Geschäft von Rating Agencies überlassen werden, weil es – wie die Erfahrung der Finanzkrise zeigt – nicht funktioniert. Bestimmte Geschäfte müssen wegen ihrer die Gesellschaft destabilisierenden und schädlichen Wirkung, auch wenn sie privatwirtschaftlich höchst rentabel sein mögen, verboten werden. Dazu gehören Leerverkäufe, hochspekulative Fondskonstruktionen, Geldwäsche.

Innerhalb einer umfassenden Re-Regulierung ist die Besteuerung von Finanztransaktionen von großer Bedeutung. Zu besteuern sind Devisentransaktionen zur Reduzierung der Volatilität von Wechselkursen und zur Eindämmung der Devisenspekulation, und Transaktionen auf Finanzmärkten, um spekulative Anlagen zu verteuern. Gleichzeitig könnten dadurch auch fiskalische Einnahmen generiert werden, aus denen Entwicklungsprojekte finanziert werden.

Viel bedeutsamer als die Regulierung der Finanzmärkte sind die langfristigen Interventionen des Staates in die „reale Wirtschaft“. Keynes konnte in den 1930er Jahren noch davon ausgehen, dass es genügend Investitionsgelegenheiten für private Investoren gab, und dass es vor allem darauf ankam, mit wirtschaftspolitischen (monetären und fiskalischen) Mitteln eine positive Differenz zwischen Profitabilität auf Investitionen und Zinsen auf Leihkapital zu schaffen. Kurz und einfach: Die Zinsen auf Finanzanlagen mussten runter und die Profitrate auf industriellem Kapital rauf, dann würden arbeitsplatzwirksame Investitionen angeregt. Die Zentralbanken konnten zinspolitisch und „big government“ konnte fiskalpolitisch Einfluss nehmen. Dies ist heute in Zeiten der Globalisierung wegen des Verlustes der Zinssouveränität schwierig geworden. Auch kam es in den 1930er Jahren nicht so sehr wie heute auf die stoffliche Seite der Investitionen und auf deren langfristige soziale und ökologische Folgen an. Denn wir befinden uns mittlerweile an den Grenzen des der Menschheit verfügbaren Umweltraums des Planeten Erde und daher auch an den Grenzen des Wachstums, die die Neoliberalen nicht sehen können und folglich schnöde ignorieren, und die Keynesianer mit Investitionsanreizen zu überwinden trachten, mithilfe des zynisch sogenannten „Wachstums der Grenzen“.

Doch ist ein „Green New Deal“, der in verschiedenen Versionen kursiert – als „globaler Marshall-Plan“, als „globaler Gesellschaftsvertrag“, als „grünes Bretton Woods“ – die erhoffte und notwendige Alternative? Fast immer ist „Grün im XXL-Format“ (Altvater 2009) eine nicht besonders radikale Variante der herrschenden Politik. Sie ist durch ein Grundvertrauen in die Funktions- und Reformfähigkeit des kapitalistischen Weltsystems, in die sozial und ökologisch positive Wirkung massiver Finanzspritzen und in die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung charakterisiert. Es braucht also auch Vertrauen in die politische Kompetenz von

Regierungen und internationalen Organisationen, dass sie „die Krise als Chance nutzen“. Die wirtschaftlichen und Umwelt-Probleme sollen innerhalb des politisch-ökonomischen Rahmens des gegenwärtigen Kapitalismus mit corporate social responsibility, good governance, private public partnership, empowerment and participation, stakeholder-Mitwirkung etc. bewältigt werden. Doch wie realistisch ist das?

Der Green New Deal setzt auf den Markt und auf private Unternehmer, die nur investieren, wenn sie Profite erzielen können, die die Zinsen und Renditen des finanziellen Sektors übersteigen. Also muss ein Überschuss, ein Mehrwert produziert werden, aus dem die Gewinne des „green investment“ abgezweigt werden können. Ohne Wachstum ist dies ausgeschlossen und daher bleibt der grüne ebenso wie der fossile Kapitalismus auf Wachstum angewiesen. Dem wird entgegengehalten, dass das Wachstum des Sozialprodukts von dem des Ressourcenverbrauchs entkoppelt werden könne. Die Energie- und Ressourcenproduktivität ließe sich um den „Faktor 4“ oder gar um den „Faktor 10“ steigern. Viel Wachstum also mit wenig Ressourcenverbrauch.

Das ist auf den ersten Blick eine faszinierende Idee. Auf den zweiten jedoch zeigt sich der argumentative Mangel. Jede Produktivitätssteigerung eines Faktors im Produktionsprozess ist ein Prozess der Substitution. Bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität werden biotische Energien, insbesondere die lebendige Arbeit durch fossile Energieträger und die von ihnen angetriebene Maschinerie ersetzt. Arbeit wird also überflüssig, „redundant labour“, wie David Ricardo hervorhebt. Am Ende des fossilen Zeitalters (Altvater 2008a) müssen wir die Frage aufwerfen, welche nicht-fossile Energie die fossilen Energieträger substituiert und welche Wandlungssysteme ihre Effizienz um den Faktor 10 erhöhen können. Wenn es keine Antwort gibt, wird es auch keine Möglichkeiten geben, das Wachstum und den Wohlstand zu steigern und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch und die Belastung der Schadstoffsenken zu verringern. Daher ist zu befürchten, dass das Wachstum im grünen Kapitalismus genauso materiell und daher nicht-nachhaltig ist wie in allen bisher realisierten Kapitalismen.

Daher wundert es nicht, wenn ein prominenter Verfechter des Green New Deal, der Exekutiv-Direktor von UNEP, Achim Steiner, die dafür erforderlichen Investitionen auf jährlich an die 1000 Milliarden US-\$ beziffert und das Blaue vom Himmel verspricht. Mit viel Geld kann man bekanntlich Berge versetzen und zugleich die Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen, weil ja neue und profitable Investitionsgelegenheiten geschaffen werden. „We move from mining the planet to managing and re-investing in it“, verspricht Steiner. Ob dies freilich der Natur des Planeten Erde gut tut, ist nicht sicher. Daher wird auf die „green technological revolution“ verwiesen, damit Gutes „for business, for the environment and for development, for the poor and the well-off alike“ herauskommt (alle Zitate aus einer Presseerklärung von UNDP vom 22. Oktober 2008 über

den „Global Green New Deal“: <http://www.unep.org>, download 6.1.09). Der Grüne New Deal kennt also nur Gewinner auf Erden. Wenn das nicht eine Täuschung ist!

Wenn man obendrein die Natur als „Naturkapital“ in Geldgrößen kalkuliert, ergeben sich ungeahnte Möglichkeiten für weitere Investitionen im Rahmen eines „grünen Keynesianismus“: zur Extraktion mineralischer Rohstoffe, zur Inwertsetzung der Meeresböden und zum Anbau von Agro-Kraftstoffen etc. Ganze Landstriche können in Monokulturen von Biomasse zur Erzeugung von Agrosprit und nicht von Nahrungsmitteln verwandelt werden. Dies wäre sehr konfliktreich, da nicht nur soziale Bewegungen, z.B. Bauernorganisationen wie Via Campesina sich mit sozialen und ökologischen Argumenten gegen die Monokulturen großer Agro-Konzerne wehren. Auch politische und wissenschaftliche Institutionen in den Industrieländern raten wegen der negativen Konsequenzen für die Biodiversität und den Wald- und Klimaschutz zur Vorsicht. Dennoch gelten massive Investitionen in als „nachhaltig“ deklarierte Projekte als „ökologischer Keynesianismus“, auch wenn damit große Zerstörungen verbunden sind und soziale Konflikte ausgelöst werden.

Der grüne New Deal vermeidet die Route der „De-growth-economy“, die in der ökologischen Ökonomie vorgeschlagen wird (De-growth 2008) und in die Richtung einer De-Globalisierung, Re-Regionalisierung und Entschleunigung führen soll. Diese Route führt nicht nur aus dem neoliberalen, finanzgetriebenen Kapitalismus, sondern auch aus dem grünen, keynesianisch regulierten Kapitalismus heraus. Denn eine kapitalistische Wirtschaft ohne Akkumulation und daher ohne Wachstum ist instabil, krisenhaft und daher langfristig ausgeschlossen. Wenn das Wachstum im Kapitalismus ausbleibt, dann ist dies Ausdruck der Krise mit all ihren bekannten Erscheinungen, vom Verlust von Arbeitsplätzen, der Prekarisierung von Lebensverhältnissen bis zum Bankrott von Unternehmen.

Der ökologische Keynesianismus wird daher nur dann ein seriöses Konzept, wenn er mit einer Politik der sozialen und ökologischen Konversion der ökonomischen Strukturen verknüpft wird. Die kapitalistische Form der Überschussproduktion und das fossile Energiesystem, das in den vergangenen 250 Jahren das hohe Fahrttempo der Weltwirtschaft ermöglicht hat, wird in Frage gestellt. Dies geschieht sowieso, weil die fossilen Energieträger nach und nach ausgehen (Peakoil) und weil dies auch für andere Rohstoffe gilt („Peak of everything“). Die Alternative wären erneuerbare Energieträger, die die fossilen ersetzen. Dabei auf den Faktor 10 zu hoffen, wäre illusorisch. Das Wachstum wird langsamer, aber die Entwicklung aller Fähigkeiten könnte bei weniger Hetze und Atemlosigkeit umfassender als im fossilen Kapitalismus sein. Nach mehreren Jahrzehnten der wilden Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Räume könnten, verbunden mit einer Re-Regulierung der Finanzmärkte, öffentliche Räume wieder angeeignet werden.

Das ist unverzichtbar für die Weiterentwicklung einer sozialen Demokratie, die von sozialen Bewegungen getragen wird. Dies wäre die positive Vision des ökologischen Keynesianismus. Der Kapitalismus wäre staatsgetrieben, aber der Staat würde nicht vor allem im Interesse der Banken und Unternehmen und anderer Lobbygruppen funktionieren. Der Staat wäre nämlich auch getrieben, das heisst getragen von sozialen Bewegungen, von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Räumen demokratischer Partizipation.

Literatur

- Altwater, Elmar, 2008: Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine „Tragödie der Atmosphäre“. In: Altwater, Elmar/Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Ablasshandel gegen Klimawandel. Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg
- Altwater, Elmar, 2008a: Für ein neues Energieregime. Mit Emissionshandel gegen Treibhauseffekte? In: Widerspruch Heft 54, Zürich
- Altwater, Elmar, 2009: Grün im XXL-Format. Ein „ökologischer Keynesianismus“ – Idee und kein Projekt. In: Thomas Sauer/Silke Ötsch/Peter Wahl (Hrsg.): Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Hamburg
- BIZ, 2008: Jahresbericht 2008. Basel
- De-Growth, 2008: Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18-19 April 2008 (<http://events.it-sudparis.eu/degrowthconference/en/appel/Degrowth%20Conference%20-%20Proceedings.pdf>)
- Diamond, Jared, 2006: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt /M.
- Harvey, David, 2005: Der neue Imperialismus. Hamburg
- Harvey, David, 2004: The ‚New‘ Imperialism: Accumulation by Dispossession. In: Panitch, Leo/Colin Leys (Hrsg.): The New Imperial Challenge. Socialist Register, London
- Kapp, K. William, 1958: Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft. Tübingen und Zürich
- Keynes, John Maynard, 1932: Vom Gelde. München/Leipzig
- Koch, Claus, 1995: Die Gier des Marktes. München
- Marx, Karl: 1953: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin
- Marx, Karl: Die Handelskrise in England. 1857, MEW 12, Berlin
- Marx, Karl: Das Kapital. Band I, MEW 23, Berlin
- Marx, Karl: Das Kapital, Band III, MEW 25, Berlin
- O’Connor, James, 1988: Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction. In: Capitalism Nature Socialism, Journal of Socialist Ecology, No 1-1988
- OECD, 2009: Wirtschaftsausblick. Zwischenausgabe, März
- Schumpeter, Joseph A., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern
- Zeise, Lucas, 2008: Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft. Köln